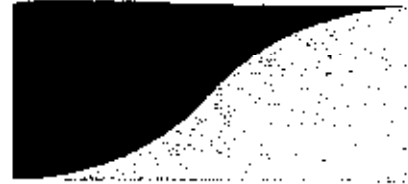


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB setzt sich mit der
Rechtspolitik der CDU aus-
einander: Sicherheit und
Ordnung haben die Priorität.

Seite 1

Gerlinde Hämmerle MdB
kommentiert die vom SPD-
Parteitag beschlossene Quo-
ten-Regelung: „Krücke“ auf
dem Weg zur Gleichberechtigung.

Seite 3

Gerd Walter MdEP appelliert
an die europäischen Regie-
rungen: Wir brauchen einen
Kurswechsel in der Umwelt-
politik.

Seite 4

Dokumentation:

Auszüge aus der Rede des
SPD-Ehrenvorsitzenden Willy
Brandt auf dem Parteitag in
Münster: Die Einsicht der
Menschheit in die globalen
Probleme wächst.

Seite 5

43. Jahrgang / 167

1. September 1988

Sicherheit und Ordnung haben die Priorität

Anmerkungen zur Rechtspolitik der CDU

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die kürzlich vorgestellten rechtspolitischen Absichten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Rest der Legislaturperiode belegen die weitgehende Unsensibilität konservativer Rechtspolitik gegenüber einer Vielzahl drängender Probleme und Herausforderungen unserer Gesellschaft. Kein Wort darüber, wie der Gesetzgeber die Auswirkungen neuer Technologien, wie zum Beispiel der Kommunikations- und Informationstechnologie den Werten und Geboten des Grundgesetzes anpassen soll, nichts über die nötigen Folgerungen, die für den Schutz der Intimsphäre und der Daten der Bürger gezogen werden müssen. Wo es um die Verteidigung der Rechte für die Schwächeren in unserer Gesellschaft geht, da spricht die CDU von Deregulierung, das heißt Abbau. Der arbeitsrechtliche Schutz ist ebenso wenig ein Thema für sie, wie der Ausbau der demokratischen Mitwirkungsrechte oder die Probleme, die sich zunehmend bei der Durchsetzung von Rechten ergeben. Kein Wort zum Beispiel zu der dringend erforderlichen Entlastung der Gerichtsbarkeit zu Gunsten der Justiz vor allem aber rechtsuchende Bürger.

Im Vordergrund steht statt dessen - wie immer - die Ankündigung, neue Straftatbestände zu schaffen, Strafen zu erhöhen, kurz die Betonung von Sicherheit und Ordnung, wobei zum Beispiel Vorgänge wie das Geiseldrama von Gladbeck einen scheinbar geeigneten Beleg für deren Notwendigkeit bieten. So zeigt man sich schon jetzt fest entschlossen, das neueste Opus, das sogenannte Artikelgesetz, durchzuziehen. Es entspricht schon einer Tradition dieser Regierung, den wahren Gehalt durch unzutreffende Bemerkungen zu verharmlosen. So wird das Artikelgesetz als eines zur „inneren Sicherheit“ angeboten; dazu wird es aber in Wahrheit keinen Beitrag leisten. Die vielen ablehnenden und kritischen Stimmen, so zum Beispiel vom Deutschen Richterbund, aber auch aus den CDU-regierten Ländern werden schlicht verdrängt, das geplante Anhörungsverfahren wird offenbar als reine Formsache betrachtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vom Laiffrer Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Wie die im „Eilverfahren“ zu schaffenden Lösungen im Bereich der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität beziehungsweise des organisierten Verbrechens aussehen sollen, ist vor kurzem bereits detaillierter angekündigt worden: Anstelle der genauen Untersuchung der Methoden der Verbrecher als Voraussetzung für eine effektive staatliche Reaktion, werden allgemeine Generalklauseln und generelle Ermächtigungen zu verdeckten Ermittlungen oder Beweislastumkehrregelungen beabsichtigt. Das ist weder effizient noch rechtsstaatlich einwandfrei.

Ein weiteres Beispiel der Uneinsichtigkeit ist auch die Haltung der Union zum Nötigungsparagraphen 240 des Strafgesetzbuches. Änderungsvorschläge von SPD, vielen Justizpraktikern und Rechtswissenschaftlern, die sicherstellen wollen, daß kurzzeitige friedliche Sitzblockaden nicht länger als Straftaten verurteilt werden können, daß anständige friedliche Bürger, die sich um ernste Probleme Gedanken machen und mit ihren Anliegen auf die Straße gehen, nicht mehr bestraft werden, werden als gefährlich für den Rechtsfrieden bezeichnet. Dabei ist das Gegenteil richtig: Wie auch ein kürzliches Gespräch mit Vertretern der Friedensbewegung erneut belegt hat, wurden in den hunderten von Prozessen wegen Blockadeaktionen an Stationierungsstandorten Demonstrierende auch weiterhin als Straftäter verurteilt, auch wenn die unterschiedlichsten Urteile gesprochen wurden. Das böse Wort von der „Gesinnungsjustiz“ wird immer lauter. Dies schadet dem Rechtsfrieden in hohem Maß. Der Gesetzgeber ist deshalb aufgefordert, endlich klarzustellen, daß solche Demonstrationen kein strafwürdiges Unrecht darstellen.

Vorschläge der SPD zur Reform des Untersuchungshaftrechts und des Jugendgerichtsgesetzes mit dem Ziel, wenige Jugendliche in Untersuchungshaft zu nehmen und die Haftgründe schärfer zu fassen und vor allem zu vermeiden, daß Jugendliche in der Untersuchungshaft schweren Schaden an Seele und Körper erleiden, liegen seit langem vor. Jetzt fordert sogar die CDU/CSU auf (wen eigentlich?) entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen - ein weiteres trauriges Beispiel für rechtspolitische Untätigkeit in einem wichtigen Bereich.

Ein trauriges Kapitel ist auch die Haltung der Union zur Frage der Vergewaltigung, offenbar ist jeder Trick recht, sich den Forderungen nach einer Erweiterung der Strafbarkeit der Vergewaltigung auch innerhalb der Ehe zu entziehen. Hier soll jetzt statt konkreter Gesetzesvorschläge eine Fachkommission eingesetzt werden, die sich mit dem Thema Gewalt in der Familie ganz allgemein beschäftigt, mit anderen Worten also soll das Thema wieder einmal in den Schubladen verschwinden. Ähnliches ist auch im Bereich Verbraucherschutz geplant - statt konkreter Vorschläge wieder nur Aufschub und Absichtserklärungen.

Besonders krass wird diese Strategie auch auf dem gesamten Sektor des Umweltrechts praktiziert: Obwohl schon in den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP verbindlich konkrete Änderungen des Umwelthaftungsrechts, Neuregelungen des Umweltstrafrechts und der Einfügung einer Staatszielbestimmung Umweltschutz ins Grundgesetz vereinbart worden sind, ist davon überhaupt nichts umgesetzt. Die Beratungen im Rechtsausschuß zum Thema Staatsziel sind eher ein Beleg dafür, wie entsprechende SPD-Vorschläge durch unannehmbare Verwässerungsvorschläge systematisch verschleppt werden.

Das Recht auch zur Steuerung, nicht nur als Reflex gesellschaftlicher Veränderungen - der CDU/CSU scheint dieser Gedanke fremd.

(/1.9.1988/vo-he/rs)

* * *

„Krücke“ auf dem Weg zur Gleichberechtigung
Anmerkungen zur Quotenregelung

Von Gerlinde Hämmerle MdB

Nach langen Diskussionen inner- und außerhalb der Partei ist es nun geschafft: Mit deutlicher Mehrheit hat der Bundesparteitag der SPD am Dienstag abend die Quotenregelung zugunsten von Frauen beschlossen. Damit zeigte die SPD, daß ihr die Forderung nach Gleichberechtigung mehr ist als ein bloßes Lippenbekenntnis, sondern daß sie ihre programmatischen Vorstellungen in den eigenen Reihen vorleben will.

Bleibt zu hoffen, daß Frauen dieses Signal auch richtig verstehen; sich möglichst viele motiviert sehen, in die SPD einzutreten, um dort künftig politisch mitbestimmen zu können. Die Voraussetzungen dafür sind jedenfalls geschaffen. Dies ist in erster Linie das Verdienst der ASF. Immer wieder hat sie sich in den letzten Jahren für die Quote eingesetzt, hat für ihre Vorstellungen geworben, obwohl ihr oft genug der Wind ins Gesicht blies. Dafür gebührt ihr und vor allem ihrer Vorsitzenden Inge Wettig-Danielmeier Dank und ein großes Lob.

Doch kaum eine(r) - und am wenigsten die ASF - wird erwarten, daß mit dem Parteitagsbeschluß gleichzeitig auch sämtliche Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt sind. So braucht man zum Beispiel keine Prophetin zu sein, um manch einem Ortsverein heftige Turbulenzen vorauszusagen, die sich aus der Umsetzung der Quote ergeben: Männer werden aus Angst um ihre Posten gegen die Quote angehen, und selbst viele Frauen werden sich fragen: „Ja, wäre es denn nicht auch anders gegangen?“ Diese Frage kann nur mit einem entschiedenen „Nein“ beantwortet werden.

Ich selbst war lange Zeit eine entschiedene Gegnerin der Quote und wehrte mich gegen den Gedanken, vielleicht irgendwann eine sogenannte „Quotenfrau“ zu sein. Aber ich habe einsehen müssen, daß eine stärkere Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen ohne die „Krücke“ Quote nicht zu erreichen ist; Experimente mit Kann- und Soll-Bestimmungen waren in der Geschichte der Partei immer wieder gescheitert, das Hoffen auf Einsicht und Überzeugung der Männer erwies sich oft als vergeblich. Im Gegenteil mußten Frauen erleben, daß sich die „Männerquote“ in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit bei 90 Prozent einpendelte.

Die Bedenken von Skeptikern, die nun die praktische Umsetzbarkeit der Quote bezweifeln, kann ich nicht teilen.

Die juristischen Probleme scheinen mir hinreichend abgeklärt zu sein. Wer auf die in vielen Ortsvereinen geringe Zahl von Frauen verweist, dem kann ich aus meiner zehnjährigen Erfahrung als Ortsvereins-Vorsitzende entgegenhalten:

- Viele Frauen würden gerne Posten übernehmen, können sich aber gegen die dominierenden Männer nur schwer durchsetzen.
- Andere Frauen müssen erst zu Kandidaturen gedrängt werden, weil sie sich die Bewältigung der Aufgaben nicht zutrauen. Bei diesem Problem, von dem Männer nur selten heimgesucht werden, kann die Quote als „sanftes Druckmittel“ dazu dienen, Frauen mehr Selbstbewußtsein zu vermitteln.
- Und schließlich: Die Zahl der Frauen braucht nicht immer so niedrig zu bleiben, denn Ziel der Quote ist es nicht zuletzt, mehr Frauen zu ermutigen, sich aktiv politisch zu engagieren.

Auch die immer wieder angeführten Zweifel an der Qualifikation der Frauen halten einer ernsthaften Überprüfung nicht stand:

- Die Frauen, die sich engagieren, bringen meist ein hohes Qualifikationsniveau mit, und
- wer will im Ernst behaupten, daß alle Männer den hochgesteckten Ansprüchen der Quotengegner genügen?

Dennoch bleibt festzuhalten: Die Quote darf nur als „Krücke“ dienen, also eine Hilfskonstruktion sein, die zum eigentlichen Ziel der völligen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik hinführen soll. Das heißt, sie muß eines Tages als Anachronismus erscheinen, da das Gleichstellungsgebot des Artikels 3 Absatz 2 GG ganz selbstverständlich in die Tat umgesetzt wird. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Nutzen wir also die Möglichkeiten, die die Quote bietet, um der Humanität in der Politik einen größeren Stellenwert zu verschaffen.

(-/1.9.1988/vo-he/rs)

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Umweltpolitik

Ein Appell an die europäischen Regierungen

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der SPD-Europa-Abgeordneten

Das traurige Robbensterben dieses Sommers ist mehr als nur ein Warnsignal. Immer häufiger läßt die Natur uns spüren, daß die Grenzen ihrer Belastbarkeit durch den Menschen erreicht und zum Teil bereits überschritten sind. Waldsterben, Ozonloch oder die schleichende Vergiftung von Böden und Gewässern sind weitere Anzeichen dafür, daß wir dabei sind, unsere natürlichen Lebensgrundlagen unwiderruflich zu zerstören.

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Umweltpolitik. Nicht mehr laue Kompromisse, ergebnislose Konferenzen oder hohle Ankündigungen dürfen das Marschtempo diktieren: Wirksame Gesetze und dringend nötige Gegenmaßnahmen sind das Gebot der Stunde. Dabei müssen die Regierungen Europas endlich die Erkenntnis ernst nehmen, daß wirksamer Umweltschutz in Europa nur gemeinsam möglich ist. Das Instrumentarium dafür ist in der EG vorhanden - man muß es nur bedienen wollen.

Doch die Regierungen, die im EG-Ministerrat das letzte Wort haben, handeln noch immer so, als sei Umweltpolitik ein Luxus-Hobby, das man sich nur in schönen Stunden gönnt:

- 0 Entscheidungen über ein Verklappungsverbot für Dünnsäure oder über die Verringerung des Abkippens und Verbrennes von Abfällen auf See schieben die Minister seit Jahren vor sich her. Gesetzesvorschläge liegen längst auf dem Tisch. Die Nordsee aber stirbt weiter vor sich hin.
- 0 Gesetze zur Verringerung der Luftverschmutzung durch Großkraftwerke oder Autos werden durch Grenzwertkompromisse, Ausnahmeregelungen und Umsetzungszeiten bis zum Ende dieses Jahrhunderts so verwässert, daß unsere Umwelt von diesen Beschlüssen vorerst nur wenig spüren wird.
- 0 Und dringend nötige, technisch machbare Hilfen zur Entlastung der Umwelt werden auf die lange Bank geschoben: Die Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen soll bis 1999 halbiert werden; anerkannte Wissenschaftler aber halten zur Rettung der lebensnotwendigen Ozonschicht eine Verringerung um 85 Prozent bereits bis 1995 für nötig und machbar. Die Ankündigungen der Chemieindustrie, freiwillig die Produktion weiter zu senken, sind ungedeckte Schecks, die auch Bundesumweltminister Töpfer nicht einlösen kann.

Das Sündenregister der europäischen Umweltminister läßt sich beliebig verlängern. Abzulesen ist ihr Versagen am Stapel der Gesetzentwürfe des Europäischen Parlaments, die die Regierungen in ihren Brüsseler Schubladen liegen lassen oder bis zur Unkenntlichkeit durch Kompromisse verstümmeln.

Unsere Umwelt aber kann nicht länger warten. An manchen Hauswänden steht ein Satz, der nachdenklich stimmt: „Ihr behandelt diese Welt, als hättet ihr noch eine zweite im Keller.“. Den Regierungen Europas sei's ins Stammbuch geschrieben.

(-/1.9.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Die Einsicht der Menschheit in die globalen Probleme ist gewachsen

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede, die der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt am Donnerstag in Münster hielt.

Reden wir von den Chancen ernsthafter Friedenssicherung: Hinter uns liegt eine Anzahl verlorener Jahre. Verloren für das Bemühen, friedensgefährdende Kräfte über den Tag hinaus in Schranken zu halten; verloren auch für die Notwendigkeit, benachteiligte Völker produktiv in die internationale Zusammenarbeit einzubeziehen. Verloren für das, was durch multilaterale Verhandlungen hätte es sie denn gegeben, in diesen Jahren zu erreichen gewesen wäre. Verloren also für die vernünftige Weiterentwicklung dessen, was wir - mit anderen - als Entspannungspolitik begonnen und für den Gang der Nord-Süd-Beziehungen gefordert haben.

Inzwischen deutet vieles darauf hin, daß wir ein Jahrzehnt von Verhandlungen vor uns haben. Da wird es auch Rückschläge geben, doch auf einer Reihe von Gebieten stehen die Vorzeichen nicht ungünstig. Deutsche Verantwortung kann sich da nicht in Nörgeleien erschöpfen, auch nicht in schönen Worten.

Es kann ja kein Zweifel daran sein: Durch ein verbessertes, weniger verkramptes Verhältnis zwischen den Weltmächten, die Volksrepublik China ausdrücklich eingeschlossen, kann sich die Weltlage wesentlich ändern. Eine solche Entwicklung, deren Beginn wir erleben, böte neue Chancen nicht nur für uns in Europa, sondern - endlich - auch, für die Nord-Süd-Beziehungen auf unserer Erde. Das heißt jedoch: Auch dort wird es nicht ausreichen, neue Platten mit alter Melodie aufzulegen.

Zu den ermutigenden Erfahrungen dieser Monate gehört, daß in verschiedenen Teilen der Welt kriegerische Feuer ausgetreten werden. Endlich waren auch wieder die Vereinten Nationen bei Verhandlungslösungen gefragt. Denken wir nur an die Vermittler-Rolle für einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan mit seinen blutigen Wirren - und an die Bemühungen, die zum Waffenstillstand in der mörderisch umkämpften Golf-Region führten. Doch es war gewiß keine protokollarische Floskel, als der Generalsekretär der UN darauf hinwies, daß er nur vorankam, weil zusätzlich zu den unmittelbar Betroffenen die Weltmächte ihm - endlich, sage ich - die gebotene Unterstützung zuteilwerden ließen.

„Friedenssichernde Aktivitäten“ der Vereinten Nationen erhalten größere Bedeutung als bisher. Auch die Bundesrepublik kann einmal die Aufforderung erreichen, in dem einen oder anderen Fall daran mitzuwirken. Das mag uns in einem Fall möglich, in einem anderen ausgeschlossen erscheinen; es mag auch sonst noch einiges zu bedenken und zu regeln sein. Aber daß wir der internationalen Staatengemeinschaft grundsätzlich unsere Unterstützung versagten, kann ich mir nicht vorstellen.

In verschiedenen Konfliktregionen der 70er und 80er Jahre - im Südwestlichen Afrika, in Kambodscha, in Zentralamerika, selbst in der Westlichen Sahara und auf Zypern - scheinen inzwischen die meisten Konfliktparteien an Verhandlungslösungen interessiert, oder sie werden an die Verhandlungstische gedrängt. Doch laßt uns dabei nicht aus dem Auge verlieren: Es gibt weiterhin schrecklich viel Elend, Brutalität, Verletzung elementarer Menschenrechte - auch in unserer europäischen Nachbarschaft. Daß wir uns unbesorgt zur Ruhe begeben könnten, soweit ist es leider noch lange nicht.

Ich kann nicht anders, als ein verstärktes europäisches Engagement anzumahnen für die Förderung von Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und den anderen arabischen Nachbarn.

Ich muß unsere Freunde und Verbündete in den USA inständig bitten, vom Kurs und der Unterstützung derer abzulassen, die viel zusätzliches, vermeidbares Unglück über Zentralamerika brachten.

Ich muß darauf bestehen, daß in Teilen von Afrika - oder wo immer - Konfliktparteien damit aufhören, mit Hunger Politik zu machen oder um politischer Ziele wegen das Elend noch schlimmer werden zu lassen.

Ich kann auch nicht anders, als maßgeblichen Kräften im eigenen Land - nicht nur innerhalb der Regierung - beschwörend zuzurufen, sie seien es der deutschen Vergangenheit und Zukunft schuldig, den Eindruck von Komplizenschaft mit dem Regime der Apartheid endlich hinter sich zu bringen.

Die neuerliche Verhandlungsbereitschaft weltweit kommt nicht von ungefähr, sondern aus Einsicht und Notwendigkeit:

Die jeweiligen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Lage der Weltwirtschaft zwingen zum Überdenken bisheriger Positionen. Nach langen Jahren dessen, was ich den organisierten Wahnsinn nannte, wird offenkundig, daß das Weiterdrehen an der Rüstungsspirale kein Mehr an Sicherheit bringt und überdies ökonomisch kaum durchgehalten werden kann. Diese Erkenntnis ist uns nicht neu. Kein Land, auch kein ganz großes, kann inzwischen ungestraft weltwirtschaftliche Umbrüche auf längere Zeit ignorieren.

Überdies zeigten die 80er Jahre überdeutlich, daß vermeintliche Terraingewinne einer Weltmacht zu Ungunsten der anderen im Süden unserer Erde die Ost-West-Beziehungen schwer belasteten - bis hin zur Gefahr direkter Konfrontation. Und es hat sich erwiesen, daß die gängigen Machtmittel ungeeignet waren, die gravierenden Entwicklungsprobleme der Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas zu lösen.

Dies kommt also hinzu zu der gewachsenen Einsicht, daß ein Atomkrieg nicht zu gewinnen ist und daß immer mehr Waffen die eigene - und das heißt eben auch: die gemeinsame - Sicherheit nicht erhöhen.

Der Nachweis der Verhandlungsfähigkeit der Weltmächte setzt inzwischen Chancen frei auch für die Arbeit an Verhandlungslösungen für wichtige Bereiche unserer globalen Interdependenz. Es hat den Anschein, als könnten einige Aspekte der Nord-Süd-Problematik - Verschuldung, Bedingungen des Handels, Verhinderung von Hungerkatastrophen - ebenfalls wieder zum Gegenstand wirklich internationaler Verhandlungen werden.

Zu den ermutigenden Anzeichen gehört: Die neue Regierung Frankreichs hat den Gedanken einer Art Marshall-Plan für die Dritte Welt wieder aufgegriffen. In Japan, das bekannt liquide ist, wird in ähnlicher Richtung nachgedacht. Die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag waren mit ihrem „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ schon vor einigen Jahren auf diesem Kurs. Noch wichtiger: Die sowjetische Führung erkennt, daß ihr Land und ihr „Lager“ mitbetroffen und mitverantwortlich sind, wo es nicht nur um Ost-West geht, sondern auch um Nord-Süd.

Die Einsicht ist jedenfalls gewachsen, daß die Menschheit einer zunehmenden Zahl globaler, systemüberwältigender Probleme gegenübersteht: Ökologische Überbelastungen und Zerstörungen bis hin zur Gefahr schwerwiegender Klimaeinbrüche, auch das weiterhin explosive Bevölkerungswachstum, auch neue oder totgeglaubte Krankheiten in vielen Teilen der Welt.

(-/1.9.1988/vo-hz/rs)